



Pekings diplomatische Kreise, hier Aussenminister Wang Yi, dürften einer Annäherung von Washington und Moskau nicht tatenlos zusehen (Jakarta, 18. April 2024).

WILLY KURNIAWAN / REUTERS

## Auf einmal klopft China bei der Ukraine an

*Die Volksrepublik kämpft mit wirtschaftlichen Problemen und einer diplomatischen Flaute. Da kommen die neuen geopolitischen Wirren gerade recht. Gastkommentar von Junhua Zhang*

Peking hat verstanden, dass die gegenwärtige Weltlage günstige Verhältnisse bietet für diplomatische Vorstösse. Der Grund dafür ist einfach: Donald Trumps Amtsantritt stellt den Zusammenhalt des Westens infrage. Insbesondere die Münchner Sicherheitskonferenz hat offengelegt, wie schwierig die Beziehungen zwischen Amerika und Europa geworden sind. Tatsächlich scheint der alte Kontinent schlecht auf Trumps Diplomatie vorbereitet zu sein.

Für China stellt die veränderte Situation indes eine Chance dar. Es ist wenig verwunderlich, dass in den diplomatischen Kreisen der Volksrepublik nun begeistert darüber diskutiert wird, wie sich die westliche Uneinigkeit nutzen liesse. Den Aussenpolitikern in Peking geht es darum, Bewegung in den geopolitischen Stillstand zu bringen, den man sich in den letzten Jahren eingebrockt hat.

Chinas diplomatischer Schlamassel bereitet Xi Jinping seit einiger Zeit Kopfzerbrechen. Der zunehmende Einfluss des Landes trifft nicht überall auf Begeisterung. Gleichzeitig verharrt die Kaufkraft der Bevölkerung auf geringem Niveau, und 2024 ist die Wachstumsrate auf den niedrigsten Stand seit zehn Jahren gefallen.

Xi dürfte gehofft haben, den chinesischen Industriesektor durch seine «qualitativ hochwertige Entwicklung neuer Produktivkräfte» zu fördern. Ziel wäre gewesen, mehr chinesische Produkte im Westen und in anderen Weltgegenden zu verkaufen. Doch unter Donald Trump droht diese Strategie in den Vereinigten Staaten an Zöllen zu scheitern. Auch europäische Länder stellen ihrerseits Hürden auf gegen die Einführung von umweltfreundlichen Produkten aus Fernost – obwohl sie sich eigentlich aktiv gegen den Klimawandel einsetzen.

Pekings aussenpolitische Bemühungen konzentrieren sich momentan darauf, der Wirtschaft auf die Sprünge zu helfen. Doch ein diplomatischer Befreiungsschlag käme der Volksrepublik auch sonst gelegen. Verstärkt werden konkrete Vorbereitungen getroffen, um eine Lösung der Taiwan-Frage noch während Xis Amtszeit zu ermöglichen. Ein zentraler Baustein ist dabei die Überzeugungsarbeit gegenüber anderen Ländern, eine allfällig gewaltsame Einnahme der Insel «faktisch» zu dulden.

Berichte lassen vermuten, dass China bereits eine implizite Zustimmung von fast hundert Staaten zu einem solchen Vorgehen hätte. Die künftige Haltung der europäischen Länder ist hier wichtiger denn je – umso mehr, als die Vereinigten Staaten kürzlich von offiziellen Websites die Formulierung gestrichen haben, eine Unabhängigkeit Taiwans nicht zu unterstützen.

### Tor zu Europa

Bei offiziellen Anlässen betont Peking, dass China sich «um den Aufbau einer gleichberechtigten und geordneten multipolaren Welt» bemühe. Man trete ein für Gleichbehandlung, für internationale Rechtsstaatlichkeit und so weiter. Zudem fordern die chinesischen Diplomaten, dass Europa an dem Ukraine-Krieg-Verhandlungstisch dabei sein sollte – und möchten ebenfalls konsultiert werden. Das leicht erkennbare Ziel ist dabei, eine Tür nach Europa aufzustoßen. Schwung holt sich China dafür

Es besteht die Gefahr, dass sich Kiew zu viel vom Engagement der Chinesen verspricht.

unter anderem in der Ukraine. Peking weiss, dass ein von Trump geprelltes oder im Stich gelassenes Land offen sein wird für Hilfe von aussen. Kiew könnte bereit sein, strategische Flexibilität zu zeigen.

Ein Zeichen dafür war das Treffen zwischen dem ukrainischen Aussenminister, Andrii Sibiha, und seinem chinesischen Gegenpart, Wang Yi, am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz. Dort deutete China zum ersten Mal an, dass Druck auf Putin für ein Kriegsende wichtig sein dürfte. So zumindest legten die Ukrainer die Aussagen aus.

### Druck auf Putin

Peking scheint Signale abgegeben zu haben, einen Beitrag für Sicherheitsgarantien und Investitionen in den Wiederaufbau des Landes leisten zu wollen. Selbst die Entsendung chinesischer Friedenstruppen könnte denkbar sein. Im Grunde genommen ist wenig von all dem neu; doch es besteht die Gefahr, dass sich die Ukraine zu viel vom Engagement der Chinesen verspricht. Deren Diplomaten reden gerne höflich – und vergessen später leicht, was sie gesagt haben.

Klar scheint Pekings Absicht, der Annäherung zwischen Washington und Moskau nicht tatenlos zuzusehen, sondern die Entwicklung mitzugestalten. Die derzeitige amerikanisch-europäische Krise soll genutzt und das Image den Europäern gegenüber aufpoliert werden.

Bestes Sprungbrett dazu bietet die Ukraine. Inwieweit Peking in der Lage wäre, seine vollmundigen Versprechen zu erfüllen, bleibt fraglich. Schliesslich war China eines der Länder, die 2013 der Ukraine Sicherheitsgarantien gegeben hatten, jedoch 2022 den Krieg nicht zu verhindern versuchten. Wahrscheinlicher dürfte sein, dass sich mit dem geopolitischen Wind auch die Ausrichtung der chinesischen Diplomatie wieder drehen würde.

Junhua Zhang ist emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der Shanghai Jiao Tong University und Senior Associate am European Institute for Asian Studies (Eias).

Einige wenige Jahre durfte sich die Schweiz rühmen, ein Vorreiter im Bereich der digitalen Assets zu sein – und zwar auf globaler Ebene. Dank gewieften Anwälten, tiefen Steuern und einem unternehmensfreundlichen Umfeld eröffneten die ersten Krypto-Firmen ihr Hauptquartier in Zug. Die Finma zeigte sich offen und veröffentlichte 2018 als erster Regulator weltweit eine Wegleitung zur Ausgabe eigener Kryptowährungen. Zwei Jahre später verabschiedete das Parlament einen umfassenden Rechtsrahmen zu Blockchain-basierten Dienstleistungen.

Doch nach dem Inkrafttreten dieses Distributed-Ledger-Technology-(DLT-)Gesetzes im Jahr 2021 wurde es ruhig – zu ruhig. Der Grund dafür lag wohl auch darin, dass die damalige Regierung Biden in den USA dem Thema so kritisch gegenüberstand wie die EU. Zu Recht nahm die Schweiz während Jahren eine abwartende Haltung ein, um keine erheblichen Abweichungen zu internationalem Recht zu schaffen. Wer nichts macht, macht auch nichts falsch.

Dieser an sich schlaue Schweizer Grundsatz gilt nun mit Blick auf die sich abzeichnende Dynamik in den USA nicht mehr. Vorausschauendes Handeln setzt nun voraus, dass die Entwicklungen in den USA genau analysiert werden. Durch eine Executive Order beauftragte Trump eine neue Krypto-Arbeitsgruppe mit der Entwicklung von Gesetzesvorlagen, dies in Zusammenarbeit mit den zuständigen Regulierungsbehörden – wie das schon vor zwei Jahren vom konservativen amerikanischen Think-Tank Heritage Foundation im «Project 2025» empfohlen worden war. Ein Blick auf dieses 900-seitige Dokument zeigt auf, wohin die Reise führen könnte – und wo für die Schweiz der grösste Handlungsbedarf besteht: Die Börsenaufsicht SEC, die Behörde für den Warenterminhandel CFTC und der Kongress müssen gemäss «Project 2025» gemeinsam ein Rahmenwerk für die Anlageklasse ausarbeiten. Dabei sollen Kryptowährungen als Rohstoffe klassifiziert werden, solange sie nicht

## Die neue Krypto-Nation USA weist den Weg

*Der amerikanische Regierungswechsel ist ein Weckruf für die Schweiz. Sie muss wieder auf den liberalen Pfad zurückkehren. Dies gilt auch für ihre Zukunft als Krypto-Land. Gastkommentar von Leon Curti*

die strengen Anforderungen eines Wertpapiers erfüllen. Es braucht nicht viel Phantasie, um den Zusammenhang mit der bislang höchst kritischen oder feindlichen Haltung der SEC gegenüber dem sogenannten Staking zu erkennen, bei dem durch das Halten von bestimmten Kryptowährungen passive Erträge verdient werden können. Hier werden die USA wohl eine Wende vollziehen.

Im «Project 2025» war auch das Verbot einer digitalen Zentralbankwährung empfohlen worden – also genau das, was Trump nun in einer weiteren Executive Order verfügt hat. Stattdessen will Amerika auf private sogenannte Stablecoins set-

zen. Das sind kryptobasierte Vermögenswerte, die an eine nationale Währung, einen Währungskorb oder an einen anderen Vermögenswert gebunden sind. Trumps Executive Order befahl explizit die weltweite Förderung von Stablecoins mit Dollar-Anbindung. Dass der designierte amerikanische Handelsminister Howard Lutnick ein ausgewiesener Stablecoin-Fan, -Experte und -Praktiker ist, spricht ebenfalls dafür, dass hier Gas gegeben wird.

Gerade im Bereich Stablecoins hat die Schweiz grossen Reformbedarf. Die Finma drängt auf eine flächendeckende Identifikation aller Nutzer, was nicht nur dem Geschäft abträglich ist, sondern de

facto dem Verbot einer Multimilliardenbranche entspricht. Mehr noch: Das DLT-Gesetz führte 2021 die Bewilligungskategorie eines DLT-Handelsystems ein – ein Marktplatz für Blockchain-basierte Wertpapiere und Kryptowährungen. Bislang hat die Finma aber keine einzige Lizenz dafür erteilt. Der liquide Handel mit Blockchain-basierten Werten ist so trotz gesetzlicher Grundlage nicht möglich. Dabei ist das Hauptversprechen der Tokenisierung – also der Darstellung herkömmlicher Vermögenswerte auf der Blockchain – die Freisetzung von Liquidität.

Auch die Fintech-Lizenz, eine leichtere Version der Banklizenz für Jungunternehmen, erteilte die Finma seit der Einführung im Jahr 2019 erst viermal. Die letzte Erteilung liegt zweieinhalb Jahre zurück (Relio AG im August 2022). Die Deregulierungsmassnahme war gut gemeint, muss aber weniger zögerlich eingesetzt werden. Im Vergleich dazu nochmals ein Blick auf die USA: Dort existieren auf Gliedstaatenebene liberalere Sandbox-Voraussetzungen – ein kontrolliertes Umfeld, innerhalb dessen Unternehmen neue Finanz- oder Krypto-Produkte testen können, ohne sofort alle strengen Regulierungen erfüllen zu müssen. In der Schweiz ist das nur mit Einlagen von unter einer Million Franken möglich. Die Vereinigten Staaten kennen keine solche Obergrenze. Hier würden wir ebenfalls von mehr Föderalismus profitieren.

Wie sich die Sache heute präsentiert, so liegt es an der Finma, die entsprechenden Weichen für eine liberale Handhabung zu stellen – und zwar schnell und mutig. Entscheidend ist die Vorgabe aus den USA. Die EU wird sich eher früher als später auch hier den USA anpassen. Mit einer vorausschauenden Politik kann dafür gesorgt werden, dass neben der Krypto-Nation USA auch die Krypto-Nation Schweiz bestehen und florieren kann.

Leon Curti ist Head of Research bei der Digital Asset Solutions AG.